

Architekten wollen Felix-Platter-Spital erhalten

Mit einem offenen Brief fordern Baufachleute die Regierung auf, das Gebäude vor dem Abriss zu schützen

Von Franziska Laur

Basel. Am vergangenen Freitag erhielt die Basler Regierung einen offenen Brief. Darin fordern die Unterzeichner, die Regierung solle sich für die Erhaltung des Felix-Platter-Spitals einsetzen. Das von der Wohngenossenschaft für Lebenswerte Nachbarschaft (LeNa) verfasste Schreiben wird von namhaften Personen gezeichnet, darunter Herzog & de Meuron. Schon zuvor hatte der Basler Heimatschutz Rekurs gegen den Entscheid der Regierung, auf den Erhalt des Spitals samt den zwei Schwesternhäusern zu verzichten, eingereicht.

Es müsse gar nichts abgebrochen und neu aufgebaut werden, denn die vorhandene Gebäudestruktur eigne sich hervorragend für Wohnungen, argumentieren die Unterzeichner des offenen Briefes. So könnten rund zwanzig Millionen Franken Steuergelder eingespart werden. Auch ökologisch sei ein Abbruch der Gebäude nicht zu rechtfertigen. Wenn die Baustruktur erhalten bleibe, spare man all die für den Abbruch und Neubau benötigte graue Energie und die Rückbaukosten von

einigen Millionen Franken. Ausserdem würden Vorstudien zeigen, dass bei einem Neubau nicht mehr Ausnützungsfäche gewonnen werden könnte. Die Stiftung Abendrot hat bereits ihr Interesse signalisiert, den Umbau des Spitals mitzufinanzieren

Regierung verweigert Einsicht

Das Felix-Platter-Spital ist ein Zeugnis der Nachkriegsarchitektur. Die markante Präsenz und die differenzierte architektonische Gestaltung würden es zu einem historisch wertvollen Denkmal machen, wird argumentiert. Tatsächlich hatte gar schon die kantonale Denkmalpflege einen Schutzvertrag ausgearbeitet. Dabei wurde eine Studie erstellt, die zum Ergebnis kam, dass die Umnutzung zu einem Wohngebäude unter Wahrung der architektonischen Qualitäten realistisch sei.

Doch nun kommt der Clou: Die Regierung verweigert die Herausgabe der Studie, die belegt, dass der Erhalt des Gebäudes ökologisch wie ökonomisch sinnvoll wäre. Da der Heimatschutz Einsprache gegen den Abriss gemacht hat, sei es ein laufendes Ver-



Zeugnis der Nachkriegsbauweise. Ruf zur Erhaltung wird lauter. Foto Roland Schmid

fahren, argumentiert man seitens des Regierungsrates. Allerdings konnte der Basler Heimatschutz im Rahmen seiner Einsprache Einsicht in die Studie nehmen, welche Immobilien Basel-Stadt im Frühling 2014 bei Fuhr Buser Partner in

Auftrag gegeben hatte. Diese kam zum Schluss, dass die Bruttorenditen bei einer Sanierung und Umnutzung der Altbauten sowie einem Neubau mit 3,9 und vier Prozent praktisch identisch sind. Wegfallen würden jedoch die

immensen Kosten für den Abriss, mehrere Millionen Franken.

Bevölkerung einbeziehen

Den offenen Brief unterzeichnet hat auch Matthias Drilling, Leiter des Instituts Sozialplanung und Stadtentwicklung der Fachhochschule Nordwestschweiz. Das Felix-Platter-Spital sei nicht in erster Linie ein Spital, sondern ein imposantes Gebäude mit einer interessanten Architektur. Daher habe es einen symbolischen Wert und sei im Quartier bestens bekannt. Wenn man es erhalten könnte, würde man ein wichtiges Signal in die Nachbarschaft senden – diese müsste man auch dringend in eine Umnutzung einbeziehen.

«Häufig wird in Basel Altes durch Neues ersetzt. Dadurch wird jedoch auch immer ein Teil der Identität der Bevölkerung verdrängt», sagt Drilling. Hinter der Erhaltung des Spitals würden sich international bekannte und versierte Fachleute vereinen und viele seien bereit mitzuarbeiten. So könnte sich auch die Fachhochschule vorstellen, an dieser innovativen Arbeit mitzuwirken, sagt Drilling.

Mondfest unter Freunden

Basel pflegt die innige Beziehung zu Shanghai

Von Stephanie C. Weiss

Basel. An drei Anlässen in diesem Herbst kultiviert Basel den interkulturellen und wirtschaftlichen Austausch mit der Partnerstadt Shanghai. Denn Basel und Shanghai stehen seit acht Jahren in freundschaftlicher Beziehung zueinander. Aus dieser fruchtbaren Städtepartnerschaft sind etliche Projekte und Kooperationen erwachsen.

Im Herbst finden drei Veranstaltungen statt, um diese innige Beziehung mit Shanghai zu leben und zu feiern. Das Mondfest steigt am 26. September auf dem kleinen Münsterplatz. «Mit dem Mondfest wollen wir die Städtepartnerschaft für die breite Bevölkerung erlebbarer machen und den verschiedenen Institutionen, welche einen regen Austausch mit Shanghai pflegen, eine Plattform bieten», sagt Sabine Horvath, Leiterin Aussenbeziehungen und Standortmarketing Basel-Stadt. Dieser Festanlass findet bereits zum fünften Mal statt und bietet Musik-, Tanz- und Kalligrafie-Vorführungen. In den letzten Jahren nahmen mehrere Tausend Leute aus der Region und der gesamten Schweiz daran teil.

Das Mondfest ist eine jahrhundertalte Tradition und geniesst im Reich der Mitte einen hohen Stellenwert. Natürlich gehören auch kulinarische Spezialitäten dazu, wie etwa die beliebten Mooncakes, welche traditionellerweise zu diesem Anlass verschenkt und genossen werden. Interessierte können am kommenden Freitag, 25. September, in der WBS Leonhard unter Anleitung selber Mondkuchen herstellen.

Geschichte und Wirtschaft

Das Kollegienhaus der Universität Basel zeigt vom 20. Oktober bis zum 15. November die Ausstellung «Shanghaier Zuflucht». Diese historisch dokumentarische Exposition präsentiert die Rolle Shanghais als Zufluchtsort für Juden während des Zweiten Weltkriegs. Sie entstand in Kooperation des Confucius Institute at the University of Basel (CIUB) mit dem Shanghai Jewish Refugees Museum.

Am 5. November schliesslich findet zum zweiten Mal das «Basel-Shanghai Business Forum» statt. Diese halbtägige Veranstaltung bietet Geschäftsleuten aus der Schweiz und aus China Gelegenheiten, sich zu informieren und gegenseitig auszutauschen. «Diese Herbst-Veranstaltungen repräsentieren die wichtigsten Standbeine dieser einmaligen und inhaltlich sehr weitreichenden Städtepartnerschaft», unterstreicht Horvath.

www.basel.ch/mondfest
www.ciub.ch
www.china-business-platform.ch
www.facebook.com/ChinaWorldBasel

Schwarzes Schaf der Anwaltsbranche

Schweizer soll rund 100 000 Franken Mandantengelder veruntreut haben

Von Mischa Hauswirth

Basel. Die Staatsanwältin wählte deutliche Worte: Der Beschuldigte habe seine Mandanten wissentlich geschädigt, sagte sie. Er habe die Gelder entgegengenommen und zweckentfremdet. Diese Handlungen würden umso schwerer wiegen, als er als Anwalt eine Vertrauensperson gewesen sei. Durch sein Verhalten habe er dem Ansehen des Anwaltsberufes geschadet und das Vertrauen in diesen Berufsstand beschädigt. Er sei gewissermassen das Schwarze Schaf in der Branche, erklärte die Staatsanwältin.

Der 45-jährige Schweizer, der sich seit gestern vor dem Strafgericht Basel-Stadt wegen mehrfacher qualifizierter Veruntreuung zu verantworten hat, soll ihm anvertraute Gelder nicht wieder zurückgezahlt haben. Konkret geht es um vier Fälle und insgesamt um eine Deliktsumme von rund 100 000 Franken: Im ersten Fall soll er mehrere Tausend Franken und Euro, die ihm sein Schwager anvertraut hat, für sich privat vereinbart haben.

In dem zweiten Fall engagierte ein Paar den Beschuldigten als Anwalt – er sollte helfen, ihre Interessen nach einem Austritt aus einer Hausgenossenschaft zu wahren. Im Zusammenhang damit erhielt er mehrere Zehntausend Franken.

Im Fall drei erhielt der Beschuldigte Geld von einem freigesprochenen Kli-

enten auf sein Konto, um es an den Mandanten weiterzuleiten. Dass er es nicht gemacht hat, sei widerrechtlich, sagte die Staatsanwältin. Ganz anderer Ansicht war der Verteidiger: Dieser machte geltend, dass der Anwalt noch mit Honorarguthaben aus einem zivilprozesslichen Verfahren habe rechnen müssen und deshalb das Geld habe verwenden dürfen.

Im Fall vier ging es um einen Mann, der den Anwalt aufgesucht hat, um Unterstützung für seinen IV-Antrag zu erhalten. Auch hier lautet der Vorwurf, der Anwalt habe das Geld zum eigenen Nutzen verwendet.

Dem Anwalt gelang es mit seiner Kanzlei nie, genügend Einnahmen zu erzielen, um von seiner Tätigkeit leben zu können. Diese Ausgangslage hat die angeklagten Veruntreuungen begünstigt. Dazu kamen private Turbulenzen mit seiner Frau, von der er in Trennung lebt, sowie seiner Ex-Lebenspartnerin, mit der er einen Sohn hat. Der Anwalt war zwischenzeitlich auch in psychiatrischer Behandlung.

Anklageschrift zerpfückt

In seinem Schlusswort sagte der Beschuldigte, er habe zu spät auf die prekäre finanzielle Situation reagiert. Aber er habe nach dem Studium und den Anstrengungen bis zur Anwaltsprüfung nicht so schnell aufgeben wollen.

Sein Verteidiger zerpfückte die Anklageschrift regelrecht und rechnete vor, warum die Beträge und die rechtliche Ableitung nicht stimmen könnten. Auf der einen Seite seien falsche Stundenansätze für die Anwaltsaufwendungen als Rechnungsgrundlage für die Höhe der Deliktsumme verwendet worden. Auf der anderen Seite habe er Beratungsdienstleistungen vorgenommen, die nie in Rechnung gestellt worden seien. Für die Verteidigung fehlte deshalb in den Fällen drei und vier der Vorsatz, den es für eine Veruntreuung brauchte.

Das Leben nicht im Griff

Das Strafgericht unter dem Vorsitz von Marc Oser (SVP) muss nun beurteilen, inwieweit die Vorwürfe der Staatsanwaltschaft zutreffen. Durch die Befragung des Strafgerichtspräsidenten wurde klar, dass der Beschuldigte sein Leben im bürgerlichen Sinn nicht im Griff hatte. Auch bemerkte Oser, dass der Beschuldigte unrechtmässig Mandantengelder für private Zwecke immer gleich verwendet hat: Jemand, der Rat oder juristische Unterstützung suchte und deshalb Geld überwies, bekam es nicht mehr zurück.

Der Gerichtspräsident nannte das ein auffälliges Muster. Die Staatsanwaltschaft verlangte drei Jahre Gefängnis, davon ein Jahr unbedingt. Das Urteil wird heute eröffnet.

Der Vormarsch der Genossenschaften in Basel

Mit dem Wohnraumförderungsgesetz erhielt das Genossenschaftswesen gewaltigen Schub

Von Tobias Gfeller

Basel. Als Areal-, Quartier- und Stadtentwickler Andreas Courvoisier die Besucher im vollen Ackermannshof am fünften Wohnprojekttag auf eine «Tour d'Horizon» durch die Genossenschaftsprojekte der Region mitnahm, wurde allen klar, was in den vergangenen Jahren alles passiert ist. Dies registriert auch der SP-Grossrat Jörg Vitelli, Präsident des Regionalverbands Wohnbaugenossenschaften Nordwestschweiz. «Das ist heute kein Vergleich zu vor ein paar Jahren. Wir befinden uns nach einem Aufbruch in einer neuen Ära mit sehr vielen Genossenschaften und Bauprojekten.»

Einerseits sei in den Bauten selber einiges gegangen, andererseits seien die Genossenschaften selber professioneller geworden und haben sich in ihren Strukturen den Gegebenheiten angepasst. Doch Vitelli sieht in diesem Boom nicht nur Positives: «Als Verbandspräsident sehe ich es als nicht zukunftsfördernd, wenn für jedes Haus eine neue Genossenschaft gegründet wird.» Man solle sich besser bestehen-

den Genossenschaften anschliessen. «Kleine Genossenschaften sind weniger nachhaltig. Fällt die erste Generation, die noch voll motiviert war, weg, wird es traditionell schwierig», weiss Vitelli.

Wohnen ist ein Grundrecht

Einen wichtigen Schub erhielt das Genossenschaftswesen im vergangenen Jahr, als das kantonale Wohnraumförderungsgesetz in Kraft trat. Dieses bietet für Neubauprojekte vonseiten des Kantons Bürgschaften, welche die Finanzierungen absichern sollen. Man könne aber noch mehr tun, stellte Jörg Vitelli klar. «Wir müssen der Spekulation komplett den Boden entziehen. Wohnen ist ein Grundrecht, und das muss bezahlbar sein. Dann würde eine AHV auch zum Leben reichen und die Pensionskassen würden überflüssig.»

Vitelli richtete seine Kritik auch an jene neuen, kleinen Genossenschaften, die sich am Freitagabend im Ackermannshof vorstellen durften. Alle Genossenschaften basieren auf unterschiedlichen Konzepten. Es zeigte sich, dass der Weg zum genossenschaftlichen Wohnen sehr vielseitig sein kann. Die

Genossenschaft Mietshäuser Syndikat konzentriert sich auf den Kauf von zum Verkauf stehenden Altbauten. «Die Bewohner sollen möglichst eigenständig sein und sich selber verwalten. Wir stehen ihnen beratend zur Seite», erklärte Genossenschaftspräsident Daniel Gelzer das Konzept.

Felix-Platter-Areal als Ziel

Thomas Nussbaumer realisierte mit seiner extra dafür gegründeten Genossenschaft Hagnau einen Neubau neben Familiengärten und Birs auf Birsfelder Boden. Auf sehr viel Skepsis vonseiten der Banken und Nachbarn in Form von Einsprachen sei er gestossen, berichtete Nussbaumer. Richard Schlägel von der Genossenschaft «wohnen + mehr» und Roger Portmann mit der Genossenschaft «Lebenswerte Nachbarschaften (LeNa)» wollen beide auf dem Areal des Felix-Platter-Spitals Genossenschaftswohnungen realisieren.

Portmann sieht neben dem sozialen vor allem auch den ökologischen Gedanken als zentralen Bestandteil seiner Genossenschaft. Dafür plant er etwa Partnerschaften mit Landwirten.

Lehmann glaubt an seinen Erfolg

CVP glaubt, den Nationalratssitz halten zu können

Von Christian Fink

Basel. Dass die Anliegen Basels in Bern kein Gehör finden, ist eines der meistgehörten politischen Klagelieder in der Region. Und selbstverständlich ist es oberstes Ziel einer jeden Politikerin und eines jeden Politikers vom Rheinknie, dies zu ändern. So tut es auch CVP-Politiker Markus Lehmann und «macht sich stark für Basel-Stadt». Und so soll es auch in den kommenden vier Jahren bleiben.

In der Rückschau spricht Lehmann von «vier erfolgreichen Jahren», in denen er sich im Bundesparlament «gut eingelebt hat». Und er habe dazu beigetragen, «dass Basel in Bundesbern wieder wahrgenommen wird» – dies zusammen mit Partei- und Ratskollegin Elisabeth Schneider-Schneiter. Deshalb glaubt er hinsichtlich der vermutet knappen Ausmarchung zwischen der CVP und dem Grünen Bündnis letztlich vorne zu liegen. Dies, so glaubt Lehmann, sollte für eine Partei, die mit einem Bisherigen antritt, möglich sein. «Wir haben eine sehr gute Chance, dass wir wieder im Nationalrat vertreten sein werden.» Wahlkampfleiter Patrick Huber ist überzeugt, dass die CVP gar zulegen wird. Hierfür, so Lehmann, müsse allerdings in verstärktem Masse die Basis mobilisiert werden.

Keine neuen Gesetze

Lehmann verwies an der Medienorientierung auf seine Arbeit in den vergangenen vier Jahren mit insgesamt 34 Vorstössen. Besonders hob er seinen Erfolg «in Sachen Rheinhafen» hervor: «Wir haben uns gegen unsere eigene Bundesrätin durchgesetzt.» Das Beispiel der Schweizerischen Rheinhäfen zeige, «dass es mir gelingt, einen Kommissionsminderheitsantrag durchzubringen». Dafür brauche es Kompetenz, Erfahrung im Ratsbetrieb sowie ein gutes Verhältnis über die Parteigrenzen hinweg.

In der neuen Legislaturperiode sei es ein wichtiges Ziel, dafür zu sorgen, dass keine unnötigen Gesetze erlassen werden, welche die KMU plagen. Diese seien durch den starken Franken schon genug bestraft, sagt Lehmann, der von einem Wirtschaftsforum zum wirtschaftsfreundlichsten Basler Nationalrat gekürt wurde.

Auf der Nationalratsliste figurieren auch Parteipräsidentin Andrea Strahm, die Grossräte Osi Inglin und Remo Gallacchi sowie der Riehener Gemeinderat Daniel Albieth. Sozusagen stellvertretend für alle bemerkte Gallacchi, dass er kaum Chancen habe, gewählt zu werden, aber mit seinen Stimmen zu einem möglichst guten Resultat von Markus Lehmann beizutragen.